

Oberschule - Inklusion - Ganztagschule - equal pay

## Das fängt ja gut an?

Dieses Schuljahr hat es in sich. Fast alle KollegInnen stehen vor umfangreichen und einschneidenden Veränderungen ihrer Arbeitsbedingungen. Ihre Schulen werden Oberschulen, Kollegien erleben neue Leitungsstrukturen an ihren Schulen, KollegInnen sollen inklusiv beschulen und individuell unterrichten ... und das alles ohne wirkliche Entlastung und mit Fortbildungen, die teilweise erst jetzt anlaufen bzw. überhaupt geplant werden. Die „Regionalen Bildungs- und Unterstützungszentren“, kurz ReBUZ genannt, sind noch in der Planung. Die KollegInnen, die die Arbeit vor Ort machen sollen, sind vielfach bisher noch nicht an den Schulen - aber die SchülerInnen sind schon da.

Unverändert geblieben sind die hohe Stundenverpflichtung und immer noch das schlechteste SchülerInnen/LehrerInnenverhältnis aller Bundesländer.

Auf der letzten Personalversammlung im Mai 2010 haben die KollegInnen einen Forderungskatalog beschlossen (u.a. eine Stunde weniger Unterrichtsverpflichtung bzw. Betreuungszeit für Kooperation und Unterrichtsentwicklung). Die Forde-

rungen wurden mit über 1000 Unterschriften der Senatorin bei der nächsten Deputationssitzung übergeben. Damit wurde Frau Jürgens-Pieper aufgefordert, endlich bessere Arbeitsbedingungen und Entlastung für KollegInnen zu schaffen. Auf Nachfragen des Personalrats Schulen sah sich die Senatorin allerdings nicht in der Lage „weitere Entlastungen“ durchzusetzen - "bei aller Einsicht in die Notwendigkeit".

In diesem Jahr endeten die Laufzeiten für z.B. die Lehrerdienstordnung und die Präsenzzeitverordnung. Per Gesetz wurden sie einfach um weitere 5 Jahre verlängert. Warum wurde nicht endlich im Rahmen einer veränderten Lehrerdienstordnung Entlastung - z.B. durch eine Verringerung des Aufgabenkatalogs – geschaffen? Eine Forderung, die von den KollegInnen seit Jahren immer wieder erhoben wird.

Die Möglichkeit, diese Verordnungen zu ändern, um KollegInnen zu entlasten, wurde nicht genutzt. Auch bisher erreichte Verbesserungen bei den Präsenztagen wurden nicht berücksichtigt. Bezüglich der Präsenzzeit-Verpflichtung hat der PR-Schulen 2008 einen Erfolg in einem Einigungsverfahren erzielt, der für die KollegInnen tatsächlich eine Entlastung darstellt (siehe Kasten Seite 2).

Und die Auseinandersetzungen gehen weiter: Mehr als 1000 Beschäftigte anderer Träger arbeiten an den Bremer Schulen, oft unter erheblich schlechteren Bedingungen als die Beschäftigten bei der Senatorin für Bildung. Das nimmt der Personalrat nicht hin. Die Beschäftigten

> *Vorankündigung* <

**Personalversammlung  
für Lehrkräfte**

(inklusive aller Neueingestellten  
und ReferendarInnen)

**Montag, den 29. November  
um 14 Uhr  
im Bürgerhaus Vahr**

anderer Träger müssen entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen mindestens gleich bezahlt und gleich behandelt werden, wenn sie schon nicht direkt bei der Senatorin für Bildung eingestellt werden.

Aber die Behörde verweigert uns sogar die entsprechende Information über die tatsächliche Bezahlung. Das Verwaltungsgericht hat dem PR-Schulen Recht gegeben, dass seine Forderung nach entsprechenden Informationen gerechtfertigt ist! Die Bildungsbehörde hat aber Beschwerde gegen das Urteil eingelegt, sie will uns die Bezahlung auf keinen Fall mitteilen. Die Auseinandersetzung ist also nicht zu Ende.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen - unsere Forderung geht natürlich erheblich darüber hinaus: Alle an Schulen Beschäftigten sollten - wenn sie es wollen - bei der Senatorin für Bildung beschäftigt sein.

Wir wollen keine Beschäftigten zweiter Klasse!

---

### Personalausschüsse wählen

Ein altbekanntes, aber manchmal auch neues Problem: Die Schulleitung hat andere Vorstellungen über die Arbeitsbedingungen (z.B. Präsenzzeit, Vertretung, ...) als die KollegInnen und setzt sie einfach per Anordnung durch.

So einfach ist das aber nicht: Die KollegInnen haben auch Rechte - u.a. das Recht, einen Personalausschuss zu wählen. Der Personalausschuss wird bei Konflikten vom Personalrat unterstützt.

Auch bei Vorbereitung und Wahl des Personalausschusses berät und unterstützt der Personalrat gerne, z.B. durch Anwesenheit bei der Gesamtkonferenz.

Also: Personalausschüsse wählen!

Beratung: PR Schulen Tel 361-4667/6044  
pr-schulen@bildung.bremen.de

---

### Mehrarbeit wg Samstagserschulung

Die von den Lehr- und Betreuungskräften zusätzlich geleisteten Stunden für die Einschulungsfeier am Samstag sollen schulintern (es gibt keine vom SfB zugewiesenen Stunden) zeitnah nach einvernehmlicher Klärung abgehängt werden.

### Apropos Präsenztage

Immer wieder kommt es unter KollegInnen oder zwischen Schulleitungen und KollegInnen zu Diskussionen über die Zahl der Präsenztage, die verpflichtend durchzuführen sind. Deshalb hier nochmal eine Klarstellung:

Im Beschluss der Einigungsstelle 7/2008 vom 07.07.2008 heißt es unter 1.) Präsenztage: „Schulen, die regelmäßige Kooperation und Schulentwicklung über die monatlichen Konferenzen hinaus zum verbindlichen Teil ihres Schulprogramms machen, sind statt zu fünf nur noch zu drei Präsenztagen verpflichtet.“

Und in der Präsenzzeitverordnung vom 02. 08.2005 heißt es im § 3 (1): „Die Kooperationszeit hat dabei einen Mindestumfang von im Schuljahr durchschnittlich drei Stunden je Unterrichtswoche; hierbei können zwei der nach § 1(a) des Gesetzes zur Regelung der Arbeitszeitaufteilung für Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen Schulen festgesetzten verbindlichen Arbeitstage [Anm.: gemeint ist die 5-Präsenztageverordnung] einbezogen werden.“

Aus der Verbindung dieser beiden Regelungen ergibt sich, dass lediglich ein verbindlicher Präsenztage verbleibt, soweit die formulierten Bedingungen erfüllt sind. Das sollte durch einen Beschluss der Gesamtkonferenz festgestellt werden.

Einkommenssteuer

### Absetzbarkeit des Arbeitszimmers

Das Bundesverfassungsgericht hat die Beschränkung der Abzugsmöglichkeiten von Arbeitszimmern für verfassungswidrig erklärt.

Für den Einzelnen ist zurzeit nichts zu tun, außer, dass weiterhin die Kosten des Arbeitszimmers bei der Einkommenssteuererklärung geltend gemacht werden.

Zunächst ist der Gesetzgeber gefordert, rückwirkend zum 1. Januar 2007 eine Neuregelung zu finden. Bis dies geschehen ist dürfen Steuerbehörden und Gerichte die Einschränkung nicht mehr anwenden.

### Veranstaltung für neueingestellte KollegInnen am Montag, dem 6. 12., nachmittags

Infos und Beratung zu

- Mehrarbeit, Teilzeit, Präsenzzeit
- Teamarbeit und Qualifikation
- Rechte der KollegInnen
- Probezeit und Verbeamtung

**Einladung folgt - Termin vormerken**

### IMPRESSUM:

Personalrat Schulen  
Emil-Waldmann-Str. 3  
28195 Bremen  
tel: 361 6044 / 4667  
fax: 361 16291  
pr-  
schulen@bildung.bremen.de  
www.pr-schulen-bremen.de